

Liebe Freund*innen,

im Bündnis gegen Rechts engagieren sich viele Initiativen, Organisationen, Vereine, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften und Einzelpersonen.

Heute stehen wir hier mit vielen anderen Initiativen zusammen und gedenken der Menschen, die bei dem Anschlag in Hanau ermordet wurden.

Wir stehen hier zusammen. Und gedenken, erinnern.

Und wir ziehen eine erschreckende Bilanz zum zweiten Jahrestag des Anschlags: Es hat sich nicht viel geändert. Die Menschenfeindlichkeit ist mitten unter uns. Weiterhin verschiebt sich der politische Diskurs nach rechts. Rassistische Aussagen werden weiter mehr und mehr salonfähig. Hanau ist auch das Ergebnis der rechten Hetze von bürgerlichen Parteien, Medien und Politiker*innen. Direkt nach dem Anschlag gab es eine große Welle der Solidarität. Lippenbekenntnisse. Die Opfer kamen aus unserer Mitte, sie gehörten zu uns. Schon kurze Zeit später war davon nicht mehr viel übrig. Der rassistische Alltag hielt wieder Einzug. In die tägliche Arbeit der Polizei, der Gerichte, der Ordnungsämter, in die menschenverachtende Abschiebep Praxis. Behörden und Sicherheitsapparate üben sich in struktureller Inkompetenz und Ignoranz nach rechts und Repression nach links. In Hessen und überall in Deutschland.

Auch in Bielefeld.

Es ist erschreckend, wenn auch nicht überraschend, was sich in den Kommentarspalten unserer Lokalzeitungen abspielt, wie die Teilnahme von Rechtsextremen an Protesten gegen die Corona-Politik verharmlost wird, wie gesellschaftsfähig rechtes Gedankengut ist und wie es unwidersprochen hingenommen wird. Die Aufklärung des Terror-Anschlags vollzieht sich stockend, der Schock über die Gewalttat wurde schnell durch den Alltag verdrängt. Die Hinterbliebenen der Opfer wurden mit ihrer Trauer und ihrer Wut allein gelassen. Nur weil sie nicht nachgelassen haben, weil sie unermüdlich gekämpft haben und sich nicht von Behördenwillkür und der trägen deutschen Justiz unterkriegen ließen, wurde inzwischen auf Bestreben der Angehörigen der Opfer ein Untersuchungsausschuss eingerichtet. Dieser hat bis heute vier Mal getagt und erschreckende Erkenntnisse geliefert. Der Notruf war in der Tatnacht tatsächlich - und anders als vom hessischen Justizminister Beuth behauptet - nicht ausreichend besetzt. Vili-Viorel Păun könnte noch leben, wenn es einen funktionierenden Notruf gegeben hätte. Die psychosoziale Notfallversorgung in der Tatnacht und in den darauffolgenden Tagen hat nicht funktioniert. Die Informationspolitik der Polizei gegenüber den Angehörigen war schlicht ignorant. Und trotz dieser Erkenntnisse ändert sich nichts.

Hanau war kein Einzelfall, Hanau ist immer und überall. Es ist unsere Pflicht als Demokrat*innen, immer wieder daran zu erinnern. Zu widersprechen, laut und deutlich nein zu Rassismus zu sagen und Hass keine Chance zu geben. In den Kommentarspalten sogenannter sozialer Medien, in Diskussionen mit Kolleg*innen in den Betrieben, mit Freund*innen und Familie, aber auch in unseren Forderungen nach politischen und juristischen Kompetenzen. Handelt es sich doch um kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem, vor dem wir als Gesellschaft gemeinsam stehen. Wir dürfen nicht nachlassen im Kampf gegen Rassismus, rechte Hetze und Gewalt. Nicht nachlassen, in unserem Bestreben, den rassistischen Normalzustand in dieser Gesellschaft zu verändern. Wir stehen solidarisch an der Seite all jener, die von Rassismus und rechter Gewalt betroffen sind.

Wir gedenken Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu.

Kein Vergeben, kein Vergessen.